

## Beschluss Weil wir hier leben! - Kommunalpolitische Erklärung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 24.02.2019  
Tagesordnungspunkt: Top 8 Kommunalpolitische Erklärung

### Antragstext

- 1 Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,  
2 die bezahlbare Wohnung, der Radweg zum Bahnhof, die Kita um die Ecke, das  
3 schnelle Internet, der zuverlässige Mobilfunkempfang, der Sport- und  
4 Kulturverein, der Erhalt des Dorfladens oder die Bäume in unserer Straße –  
5 direkt vor unserer Haustüre wird über unsere Lebensqualität entschieden. In  
6 unseren Städten und Gemeinden legen wir den Grundstein für ein gutes Leben für  
7 alle Menschen, jetzt, morgen und auch übermorgen.
- 8 Über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Planeten wird  
9 auch hier in der Kommune entschieden: „Global denken, lokal handeln!“  
10
- 11 Demokratie wird zuallererst vor Ort gelebt und praktiziert. Wir stehen für  
12 lebendige Orte, in denen ein Klima des Respekts und der Toleranz herrscht, in  
13 denen unsere Kinder gesund aufwachsen können und ältere Menschen so lange wie  
14 möglich im häuslichen Umfeld leben können, in denen Neuzugezogene willkommen  
15 sind und in denen wir auch als Bürger\*in mitgestalten können. Gemeinsam haben  
16 wir es in der Hand, unsere Kommunen ökologischer, sozialer und weltoffener zu  
17 machen, mit mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutz, guten Verbindungen mit Bus,  
18 Bahn und Rad, starken Familien, attraktiven Kulturangeboten sowie gut  
19 ausgestatteten Kitas und Schulen und vielfältigen Angeboten für die ältere  
20 Generation.
- 21 So unterschiedlich und vielfältig wie die Menschen, die hier leben, so  
22 unterschiedlich und vielfältig ist das Land. Wir sind uns bewusst, dass die  
23 Problemlagen und Herausforderungen sehr unterschiedlich sind und stehen für eine  
24 starke kommunale Selbstverwaltung. Jede Kommune hat das Recht, ihre eigene  
25 individuelle Lösung zu suchen und muss dazu auch die tatsächlichen Möglichkeiten  
26 haben. Grundvoraussetzung dafür ist eine auskömmliche Finanzierung der Städte  
27 und Gemeinden. Es gibt einige wohlhabende, aber auch viele finanzschwache  
28 Kommunen. Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, das  
29 heißt die Einnahmen decken die Ausgaben nicht und Rücklagen sind nicht  
30 vorhanden. Wir streben eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und eine  
31 Teilentschuldung der Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten an, um ihnen  
32 genug eigene Gestaltungsspielräume zu ermöglichen.
- 33 Wir Bündnisgrüne haben gute Ideen, Mut zur Veränderung und eine klare Haltung.  
34 Wir haben ein politisches Angebot für unser ganzes Land und passende Antworten  
35 für die individuellen Herausforderungen vor Ort. Wir wollen unser Land  
36 fairwandeln. Denn es liegt uns am Herzen. Weil wir hier leben!
- 37 Am 26. Mai 2019 wählen Sie in Brandenburg sowohl das Europaparlament, als auch,  
38 wer Sie in den nächsten Jahren in der Gemeindevertretung, im Ortsbeirat, in der  
39 Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag vertreten wird. Sie haben es in der

40 Hand, Ihr Dorf, Ihre Gemeinde oder Ihre Stadt ökologischer, sozialer und  
41 weltoffener zu machen! Deshalb bitten wir Sie, am 26. Mai 2019 bei der  
42 Kommunalwahl um Ihre Unterstützung für Bündnis 90/Die Grünen.

43 Weil wir hier leben!

44 Öko? Logisch! Für lebenswerte Kommunen für Mensch und Umwelt

45 Weil wir hier leben - wollen wir gesunde und lebenswerte Kommunen. Dafür ist es  
46 nötig, dass bei allen Entscheidungen der ökologische Blick genauso  
47 selbstverständlich wird wie der finanzielle, denn langfristig ist ökologisches  
48 Verhalten auch günstiger, als ökologische Schäden aufwändig reparieren zu  
49 müssen. Nur so können wir unsere vielfältige Landschaft für uns und unsere  
50 Kinder erhalten.

51 Dafür machen wir uns stark.

- 52 • Der schwindenden Biodiversität muss Einhalt geboten werden. Ein besserer  
53 Arten- und Tierschutz lässt sich z.B. durch die Schaffung naturnaher

- 54 Grünflächen, durch die Reduzierung der Mahd auf das Minimum und den  
55 Verzicht auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel erreichen.
- 56 • Wir wollen einen besseren Baum- und Alleenschutz durch kommunale  
57 Baumschutzsatzungen und Nachpflanzprogramme, baumschonenden Straßenbau und  
58 weitestgehenden Verzicht auf Salzeinsatz im Winter.
  - 59 • Den Einsatz von Glyphosat und Neonikotinoiden wollen wir auf kommunalen  
60 Flächen unterbinden. Für Bürger\*innen wollen wir Informationen und  
61 Workshops zum Gärtnern ohne Gifte anbieten.
  - 62 • Wir streben eine gentechnikfreie Landwirtschaft an und wollen eine bessere  
63 Überwachung der Einhaltung der Düngeverordnung durch die  
64 Kreisumweltbehörden.
  - 65 • Die Verwendung von Laubbläsern sehen wir kritisch, nicht nur aus Lärm- und  
66 Emissionsschutzgründen, sondern auch wegen der Gefährdung von  
67 Bodenbewohnern.
  - 68 • Wasser muss in der Landschaft gehalten werden. Regenwasser muss versickern  
69 können und sollte seltener abgeleitet werden.
  - 70 • Den Hochwasserschutz wollen wir ökologisch gestalten, indem wir Auen und  
71 Wiesen erhalten, statt sie zu versiegeln oder als Ackerflächen zu nutzen.
  - 72 • Kommunale Abwasserkonzepte wollen wir weiterentwickeln und neu  
73 orientieren.
  - 74 • In Dörfern ohne zentrale Abwasserentsorgung soll die Errichtung von  
75 Pflanzenkläranlagen gefördert werden.
  - 76 • Gute Beleuchtungskonzepte berücksichtigen neben Sicherheitsstandards und  
77 Klimaschutz durch das Einsparen von Strom auch den Schutz der nachtaktiven  
78 Tiere.
  - 79 • In Zusammenarbeit mit den lokalen Unternehmen wollen wir ehrgeizige  
80 Umweltstandards etablieren.

81 Energie und Klimaschutz. Global denken, lokal handeln.

82 Die Starkregenereignisse 2017 und der Hitzesommer 2018 haben deutlich  
83 gezeigt: Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange. Die Klimaerhitzung zu  
84 begrenzen ist DIE Menschheitsaufgabe für das 21. Jahrhundert. Viel hängt dabei  
85 von der internationalen, Bundes- und Landesebene ab. Die dort formulierten Ziele  
86 müssen aber oft vor Ort konkrete Umsetzung erfahren, damit sie tatsächlich  
87 realisiert werden.

88 Dafür machen wir uns stark:

- 89 • Wir brauchen lokale Klimaschutzkonzepte, die Maßnahmen sowohl für die  
90 Begrenzung der Klimaerhitzung als auch für die Anpassung an den bereits  
91 stattfindenden Klimawandel beinhalten.
- 92 • Kreisliche und kommunale Stabsstellen für den Klimaschutz sollen alle  
93 Maßnahmen und Investitionsvorhaben auf die Vereinbarkeit mit den  
94 Klimaschutzziele abgleichen. Wir wollen Klimaschutz als Steuerungsziel in  
95 den kommunalen, doppelten Haushalten verankern und umsetzen.
- 96 • Wir wollen Energie einsparen, indem in den Gemeinden ein Energiemanagement  
97 implementiert wird, welches fortlaufend Einsparpotentiale identifiziert  
98 und diese umsetzt. Bei den zuständigen Energiemanager\*innen sollen sich  
99 auch Bürger\*innen über Einsparmöglichkeiten informieren können. Meist  
100 finanziert sich ein Energiemanagement durch die Einsparungen selbst.
- 101 • Indem wir die Beschaffung auf ökologische und soziale Kriterien  
102 ausgerichtet, auf sparsame und klimafreundliche Technologien setzen und  
103 bei Neuanschaffungen auf die Lebenszyklus- statt nur auf die  
104 Anschaffungskosten schauen, wollen wir die Energie-Effizienz deutlich  
105 steigern. Das beinhaltet z.B. LED bei der Straßenbeleuchtung, die  
106 Antriebsumstellung auf Gas, Strom oder Hybride beim kommunalen Fuhrpark  
107 oder die energetische Modernisierung kommunaler Wohnungen und  
108 Verwaltungsgebäude.
- 109 • Die letztlich benötigte Energie soll möglichst aus erneuerbaren Quellen  
110 bereitgestellt werden. Den Ausbau wollen wir dezentral gestalten und die  
111 Bürger\*innen partizipieren lassen, z.B. über Mieter\*innenstrom. Den  
112 Strombezug der Gemeinden wollen wir auf Ökostrom umstellen. Wir  
113 unterstützen die Gründung von Stadtwerken oder auch gemeindeübergreifenden  
114 Regionalwerken sowie Bürger\*innenkraftwerken, um die Wertschöpfung der  
115 Strom- und Wärmegewinnung in der Region zu halten. Über Solardachkataster  
116 wollen wir das Potential der Sonnenenergie, insbesondere auf kommunalen  
117 Gebäuden und Liegenschaften, sichtbar machen und nach und nach nutzen.  
118 Dabei soll es eine frühzeitige, transparente und intensive  
119 Bürger\*innenbeteiligung bei den Standortentscheidungen geben. Die  
120 Verwertung von Biomasse wollen wir auf regionale Kreisläufe und die  
121 Nutzung von Reststoffen beschränken und damit sowohl Strom als auch Wärme  
122 für Nahwärmenetze produzieren.
- 123 • Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir für bessere  
124 Beteiligungsmöglichkeiten und gesetzlich gesicherte finanzielle Teilhabe  
125 für Bürger\*innen und Kommunen Sorge tragen.
- 126 • Wir unterstützen ein Grünflächenmanagement, dass auf heimische und  
127 klimawandelresistente Bepflanzung setzt, die den Wasserhaushalt

128 stabilisiert und die Biodiversität erhöht. Kommunale Wälder wollen wir  
129 nach und nach zu artenreichen Mischwäldern umbauen.

130 • Bei der Städteplanung achten wir auf den Erhalt von Frischluftschneisen,  
131 um überhitzten Siedlungen eine Frischluftzufuhr zu sichern.

132 • Das Begleitgrün öffentlicher Straßen und Wege sowie Plätze und Schulhöfe  
133 wollen wir ökologisch gestalten.

134 • Bürgerschaftliches Engagement für den Klimaschutz, wie lokale Agenda-  
135 Gruppen oder Divestmentvereine, unterstützen wir durch  
136 Tagungsmöglichkeiten und konkrete Zusammenarbeit. Außerschulische  
137 Bildungsangebote wollen wir erhalten.

138 Wir machen mobil. In Stadt und Land

139 Wir setzen auf eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität. Dafür wollen wir  
140 die Stadtentwicklung auf kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit/Ausbildung,  
141 Einkaufen und Freizeit ausrichten. Diese Wege sollen dann zu Fuß, mit dem Rad  
142 oder dem ÖPNV zurückgelegt werden können. Den klimaschädlichen und  
143 lärmintensiven Verkehr mit dem Auto wollen wir auf das nötige Mindestmaß  
144 reduzieren. Davon profitieren am Ende auch die Autofahrer\*innen, da auf den  
145 Straßen nur noch die Autos unterwegs sind, die das tatsächlich müssen. Wir  
146 setzen uns dafür ein, kommunale Verkehrskonzepte zu entwickeln, die eine  
147 strategische Gesamtplanung ermöglichen.

148 Dafür machen wir uns stark:

149 • Eine moderne Stadtplanung schafft kurze Wege, z.B. indem bei neuen  
150 Wohngebieten die Versorgung mit Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten und  
151 Nahverkehrserschließungen gleich mitgeplant wird.

152 • Die natürlichste Art der Fortbewegung - das Laufen - stärken wir durch  
153 attraktive Fußwege. Das beinhaltet u.a. klare Wegführungen, attraktiv  
154 gestaltetes Umfeld mit Sitzmöglichkeiten sowie guter Beleuchtung in der  
155 Nacht, sichere Querungsmöglichkeiten von Straßen und die Einrichtung von  
156 Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen. Bei den Planungen und dem  
157 Bau achten wir auf weitgehende Barrierefreiheit.

158 • Um den Radverkehr voran zu bringen, braucht es ausfinanzierte kommunale  
159 Radverkehrspläne und Radverkehrsbeauftragte. Diese sollen u.a. ein Netz  
160 radverkehrsfreundlicher Wegebeziehungen, verkehrssichere Wegführung,  
161 wetterfeste und diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten beinhalten.

162 • Das Angebot des Busverkehrs verbessern wir durch Taktverdichtungen  
163 bestehender und Schaffung neuer Linien, insbesondere Ortsbuslinien. Linien  
164 mit unsteter Nachfrage flexibilisieren wir durch Ruf- und Bürgerbusse,  
165 wobei wir auch die Potentiale autonomen Fahrens testen.

166 • Mitfahrbänke und Mitfahr-Apps fördern wir. Sie bieten besonders im  
167 ländlichen Raum die Möglichkeit, freie Sitzplätze bei

- 168 ohnehinstattfindenden Fahrten zu teilen und damit auch Sozialstrukturen zu  
169 stärken.
- 170 • Buslinien sollen bei uns nicht an den Kreisgrenzen enden. In  
171 kreisübergreifender Zusammenarbeit mit dem VBB richten wir  
172 landesbedeutsame Buslinien ein, die größere Zentren auch über Kreisgrenzen  
173 hinweg verbinden, insbesondere als Querverkehr zwischen den Bahnlinien.
  - 174 • Haltestellen und Fahrzeuge des ÖPNV wollen wir barrierefrei gestalten. Die  
175 vorhandenen Straßenbahnen wollen wir dabei erhalten.
  - 176 • Wir verbessern die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger durch  
177 passende Umsteigezeiten, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder – im  
178 besten Fall mit Reparaturservice – und attraktiven Park&Ride-Orten.
  - 179 • Beim Straßenbau setzen wir auf Erhalt vor Neubau. Neubau wollen wir auf  
180 das absolut notwendige Maß beschränken und lieber vorhandene Straßen in  
181 einen ordentlichen Zustand versetzen.
  - 182 • Statt auf übermäßigen Bau und kostenloses Angebot von Stellplätzen auf  
183 kommunalen Flächen, setzen wir auf konsequente Parkraumbewirtschaftung,  
184 attraktive Park & Ride Angebote und autofreie Zentrumsbereiche. Werden  
185 Stellplätze auf Kosten von Grünflächen errichtet, setzen wir uns für  
186 Ausgleichsmaßnahmen ein.
  - 187 • Für Straßenausbau und -erschließung ist uns eine frühzeitige Beteiligung  
188 der Anwohner\*innen bei der Planung wichtig, damit keine  
189 überdimensionierten und damit teuren und flächenversiegelnden Anlagen  
190 geschaffen werden.
  - 191 • Wir ordnen und hierarchisieren die Straßennetze, damit alle Wohngebiete zu  
192 attraktiven Tempo-30-Zonen werden und Tempo 50 nur noch auf den  
193 Hauptachsen gilt.
  - 194 • Wir kämpfen auf allen Ebenen für mehr Verbindlichkeit von  
195 Lärmaktionsplänen und der konkreten Umsetzung der darin enthaltenen  
196 Maßnahmen. Dafür formulieren wir keine Prüfaufträge, sondern stellen die  
197 Notwendigkeit der Maßnahmen zur Erreichung der Lärminderungsziele heraus,  
198 damit übergeordnete Behörden diese nicht mehr ablehnen können.
  - 199 • Wir wollen die Umsteigebeziehungen zwischen den verschiedenen  
200 Verkehrsträgern (Bus-Bahn, sichere Radparkplätze an Bahnhöfen usw.)  
201 verbessern.
  - 202 • Wir verfolgen das Ziel der vollständigen Vermeidung von Todesopfern im  
203 Verkehr (Vision Zero). Dafür richten wir kommunale Unfallkommissionen ein,  
204 die regelmäßig Unfallschwerpunkte besuchen und konkrete Verbesserungen  
205 erarbeiten. Diesen Kommissionen sollen mindestens die Verkehrspolizei, die  
206 Stadtplanung und verkehrspolitische Verbände wie ADFC, VCD und ADAC  
207 angehören.
- 208 Wir schaffen Städte und Dörfer mit hoher Lebensqualität

209 Wir wollen nachhaltig planen und bauen, denn Brandenburgs Kulturlandschaften,  
210 seine Dörfer und Städte sind es uns wert. Wir wollen sie uns und unseren Kindern  
211 und Enkeln erhalten und zum Wohle der Allgemeinheit weiterentwickeln. Schöne und  
212 erhaltenswerte Städte und Dörfer mit hoher Aufenthaltsqualität für Wohnen,  
213 Arbeiten und Freizeit sind Grundlage für ein nachhaltiges Lebensumfeld.

214 Dafür machen wir uns stark:

- 215 • Es gilt vorrangig, den Innenbereich zu aktivieren. Auch in den meisten  
216 Gemeinden mit Bevölkerungswachstum hält dieser noch ausreichend Flächen  
217 für Wohnen, Gewerbe und soziale Infrastruktur vor. Gesundes und  
218 umweltschonendes Bauen ist bei einer Betrachtung der Lebenszykluskosten  
219 auch wirtschaftlich nachhaltiger, als die reine Betrachtung der Baukosten.
- 220 • Wir stehen für echte Bürgerbeteiligung bei kommunalen Bauvorhaben sowie in  
221 der Stadt- und Regionalplanung. Standort- und Investitionsentscheidungen  
222 bedeutender kommunaler Bau- und Planungsvorhaben sollen in partizipativen  
223 Verfahren unter Beteiligung von Planer\*innen, Nutzer\*innen, Betroffenen,  
224 Vertreter\*innen der Verwaltung und Abgeordneten vorbereitet werden. Ziel  
225 ist eine belastbare Bedarfsplanung, höhere Akzeptanz und ein sicherer  
226 Kostenrahmen.
- 227 • Auch in den Regionalen Planungsgemeinschaften wollen wir echte Beteiligung  
228 und  
229 Teilhabe der Bürger\*innen umsetzen. Dazu müssen diese finanziell und  
230 personell besser ausgestattet werden.
- 231 • Bei der Gestaltung von Straßen und Plätzen achten wir auf hohe  
232 Aufenthaltsqualität. Sie sind nicht nur notwendige Verkehrswege, sondern  
233 auch Lebensraum, der unsere Städte und Dörfer attraktiv macht. Großkronige  
234 Bäume, Blühwiesen und Wasserflächen verbessern das Mikroklima, reinigen  
235 die Luft und fördern die  
236 Vielfalt unserer Flora und Fauna. So entstehen lebenswerte und gesunde  
237 Städte und Dörfer.
- 238 • Für über 90 % der Haushalte ist ein Glasfaseranschluss bis ins Haus (FTTH)  
239 möglich und auch wirtschaftlich darstellbar. Das wollen wir umsetzen.
- 240 • Es darf keine Dörfer mehr ohne Mobilfunkempfang geben. Hilfe in Notfällen  
241 rufen zu können und die sichere Nutzung von Internetdiensten erfordern  
242 eine 100%ige Abdeckung bewohnter Bereiche durch die Netzbetreiber. Dafür  
243 setzen wir uns ein.
- 244 • Liegenschaften sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen der Kommunen  
245 wollen wir grundsätzlich nur im Erbbaurecht oder als Pachtland vergeben.  
246 Die Vergabe soll nach inhaltlichen Kriterien (Konzeptverfahren), nicht  
247 nach Höchstgebot erfolgen.
- 248 • Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, -genossenschaften und  
249 selbstnutzende Baugemeinschaften, die den Gedanken der Gemeinnützigkeit  
250 verankert haben, stärken und auch neue gründen. Gewinne sollen nicht  
251 ausgeschüttet, sondern reinvestiert werden.

252 Nachhaltig Wirtschaften in der Kommune

253 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind für uns die Grundpfeiler der ökologisch-  
254 sozialen Marktwirtschaft, die wir weiter entwickeln wollen. Unser Ziel ist es,  
255 die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren, Ressourcen  
256 sparsam einzusetzen, die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair zu  
257 verteilen und Armut zu bekämpfen. Bündnisgrüne kommunale Wirtschaftspolitik  
258 nutzt die Marktmacht der Öffentlichen Hand, um nachhaltige Beschaffung zu  
259 betreiben, unterstützt in der Städteplanung den kleinen und mittelständischen  
260 Handel sowie regionale Wirtschaftskreisläufe.

261

262 Dafür machen wir uns stark:

- 263 • Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Beschaffung der Verwaltung  
264 sollen ökologische und soziale Kriterien gelten.
- 265 • Wir entwickeln kommunale Divest-Strategien, die Mittel von Geldanlagen  
266 bzw. Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger  
267 stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut  
268 gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.
- 269 • Mittelständische Firmen und Handwerksbetriebe wollen wir stärken, indem  
270 wir  
271 öffentliche Aufträge und Beschaffung, wo immer möglich, aufgliedert in  
272 Fach- und Teillose ausschreiben.
- 273 • Wir bevorzugen eine Stadtplanung zugunsten lebendiger Innenstädte und  
274 Dorfkerne mit kleinen, mittelständischen und inhaber\*ingeführten Betrieben  
275 statt weiterer Einkaufszentren auf der Grünen Wiese.
- 276 • Wir treiben die Etablierung von Regionalsiegeln voran und stärken die  
277 Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land. So stärken wir die regionale  
278 Vermarktung und regionale Wertschöpfungsketten.
- 279 • Wir wollen lokale Online-Handelsplattformen initiieren, damit auch  
280 kleinere, lokale Händler vor Ort stärker am Online-Handel partizipieren  
281 können.
- 282 • Für die Vermarktung vor Ort wollen wir zum Beispiel Wochen-, Öko- oder  
283 Bauernmärkte mit günstigen Standgebühren etablieren und bereits bestehende  
284 Märkte stärken
- 285 • Mit uns gibt es kommunale Aktionspläne gegen Plaste. Wir machen Schluss  
286 mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll z.B. mit Pfandsystemen für



- 287 Kaffeebecher oder Refillstationen für Wasserflaschen. Wir prüfen die  
288 Möglichkeiten einer kommunalen Plastesteuer.
- 289 • Kommunale RepairCafés oder kommunale Gebrauchtgüterläden zur  
290 Wiederverwendung oder Reparatur von Konsumgütern erfahren unsere  
291 Unterstützung.
  - 292 • Nachhaltiger und umweltfreundlicher Tourismus bedarf entsprechender  
293 Kultur-, Natur- und Mobilitätsangebote.
  - 294 • Gründer\*innen wollen wir, z.B. durch Innovations- und Transferzentren,  
295 unterstützen: zum Austausch, zur Weiterbildung sowie zur Vernetzung  
296 untereinander sowie mit Hochschulen und Forschung.
  - 297 • Durch offene Werkstätten, in denen gegen eine Nutzungsgebühr Geräte  
298 genutzt und geteilt werden können, die für einzelne Unternehmen zu teuer  
299 wären, wollen wir junger oder kleine Unternehmen unterstützen.
  - 300 • Wir wollen den Handel mit fairen Produkten vor Ort fördern und beantragen  
301 die Anerkennung als „Fairtrade“-Kommune im Rahmen der Kampagne „Fairtrade  
302 Towns“.

### 303 Familien stärken

304 Kinder sind unsere Zukunft und Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen  
305 Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen allen Kindern ermöglichen,  
306 gesund und sicher aufzuwachsen und dafür gute Bedingungen in unseren Kommunen  
307 schaffen.

### 308 Dafür machen wir uns stark:

- 309 • Wir wollen unsere Städte und Gemeinden familienfreundlicher gestalten und  
310 Mütter und Väter darin unterstützen, Familie und Berufsleben miteinander  
311 zu verbinden.
- 312 • Jedes Kind braucht gute Startchancen ins Leben, von Anfang an! Wir wollen  
313 die Hebammenversorgung sichern, alle Geburtsstationen im Land Brandenburg  
314 erhalten, die Angebote der „Frühen Hilfen“ weiter ausbauen und "Netzwerke  
315 gesunde Kinder" professionalisieren.
- 316 • Gute Kitas in Stadt und Land – wir wollen Dorfkitas erhalten und Kitas zu  
317 Bildungsorten weiterentwickeln, indem wir mit pädagogischen Konzepten,  
318 guter räumlicher und finanzieller Ausstattung und regelmäßiger  
319 Zertifizierung für mehr Qualität in unseren Kitas sorgen.
- 320 • Wir wollen die Qualität in den Kitas weiterentwickeln und die Einführung  
321 der Beitragsfreiheit fortsetzen. Dazu streben wir eine Senkung der  
322 Betreuungsschlüssel und familiengerechte Betreuungszeiten an. Bis die  
323 Beitragsfreiheit erreicht ist, setzen wir uns für sozial gerechte und  
324 vergleichbare Elternbeiträge in den Kommunen ein.
- 325 • Wir wollen Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln. Hier können  
326 niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-

- 327 Kurse, Vermittlung von unterstützenden Patenschaften, Beratung und  
328 Aktivitäten für Regenbogenfamilien oder Senior\*innenkreise stattfinden.
- 329 • Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung  
330 wie die Kindertagesstätte. Auch hier muss gelten: Gute Qualität der  
331 Arbeit, gute Qualifizierung, gute Bezahlung, die über den Mindestlohn  
332 hinaus geht, und eine regelmäßige Evaluierung.
  - 333 • Damit sich Kinder optimal entwickeln können, wollen wir in den Kitas  
334 multiprofessionelle Teams einsetzen: neben Erzieher\*innen auch Personal  
335 aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für die  
336 Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige  
337 Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsprogramme anbieten.
  - 338 • Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht viele Familien nicht. Wir wollen,  
339 dass alle Kinder, die einen Anspruch auf das Paket haben, mit Hilfe einer  
340 „Bildungskarte“ einen freien und unbürokratischen Zugang zu den Bildungs-,  
341 Kultur- und Sportangeboten in ihrer Kommune erhalten.
  - 342 • Wir setzen uns für sichere Schulwege ein, die es den Kindern ermöglichen  
343 von Anfang an, selbstständig den Weg zur Schule zu meistern. Das fördert  
344 nicht nur ihre Selbstständigkeit, sondern auch ihre Gesundheit und  
345 Konzentration in der Schule.

#### 346 Freiräume für Jugendliche schaffen

347 Jugend bedeutet für uns Möglichkeiten zur freien Entfaltung. Dafür braucht es  
348 die richtigen Voraussetzungen, Räume, Angebote, Beteiligungsmöglichkeiten und  
349 vor allem: Freiheiten, sich selbst auszuprobieren. Daher wollen wir Freiräume  
350 für Jugendliche schaffen, damit sie ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken  
351 können.

352 Dafür machen wir uns stark:

- 353 • Jugendliche brauchen Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde. Dank  
354 unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und  
355 Jugendbeteiligung verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir  
356 wollen die konkrete Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort fördern und  
357 unterstützen. Wir befürworten eigene Etats für Kinder- und  
358 Jugendparlamente bzw. Entwicklungswerkstätten, denn diese stellen einen  
359 Schlüssel in der Beteiligung an der Kommunalpolitik dar.
- 360 • Teilhabe bedeutet nicht nur Beteiligung an politischen Prozessen, sondern  
361 auch Engagement in Ehrenämtern – z.B. bei freiwilligen Feuerwehren,  
362 Geflüchteteninitiativen und in Vereinen. Wir wollen das Ehrenamt für  
363 Jugendliche attraktiv gestalten, um deren Verankerung vor Ort zu stärken  
364 und anstehende Generationenwechsel zu meistern.
- 365 • Jede Gemeinde soll eine\*n Beauftragte\*n für Angelegenheiten von Kindern  
366 und Jugendlichen ernennen (§18a (3) Kommunalverfassung).
- 367 • Die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit  
368 mit politischer, sozialer, kultureller und persönlichkeitsbildender

- 369 Funktion. Wir wollen sie weiter ausbauen, mit den und im Interesse der  
370 Jugendlichen gestalten.
- 371 • Wir wollen Chancenungleichheit bekämpfen und mit Hilfe der „Bildungskarte“  
372 den Zugang zu Nachhilfeangeboten für finanziell benachteiligte Jugendliche  
373 unbürokratisch ermöglichen.
  - 374 • Jugendliche brauchen Zugang zu Kultur, dazu zählen auch Kneipen, Bars und  
375 Clubs. Wir wollen Clubs in ländlichen wie urbanen Räumen erhalten und das  
376 Kulturangebot aufwerten. Dort, wo es keine Ausgehmöglichkeiten gibt,  
377 wollen wir durch guten ÖPNV dafür sorgen, dass eine sichere Hin- und  
378 Rückfahrt zu kulturellen Angeboten gewährleistet ist - auch bis früh am  
379 Morgen.
  - 380 • Mit Kunstausstellungen, Bandauftritten, Vorträgen und Workshops in Kneipen  
381 und Jugendclubs lassen sich viele Formen der Kunst, Kultur und Bildung  
382 vernetzen. Kultur soll zugänglich und aktiv gestaltbar sein. Nur so kann  
383 das Interesse an ihr bestehen bleiben. Kultur sollte nicht auf die  
384 klassischen Orte für Kunst, Theater und Musik beschränkt sein, sondern  
385 auch dort stattfinden, wo sie junge Menschen erreicht.
  - 386 • Wir wollen in unseren Gemeinden nicht-kommerzielle Räume für junge  
387 Menschen schaffen. So sollen für Jugendliche ohne eigenes Einkommen gute  
388 Alternativen zu teuren Kneipen und kommerziellen Treffpunkten angeboten  
389 werden. Gemeinden können Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls  
390 Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Wir wollen gemeinsam mit der  
391 Jugend vor Ort sogenannte „Solispaces“ entwickeln, in denen zum Beispiel  
392 nichtkommerzielle Kneipen, Umsonstläden, Tischkicker-Räume und Co-Working-  
393 Spaces einen Platz finden können. Es sollen nicht nur Freizeiträume,  
394 sondern auch Räume für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN  
395 entstehen.
  - 396 • Freizeit- und Arbeitsräume für Jugendliche sind nicht immer von vier  
397 Wänden umgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass in unseren Gemeinden  
398 ausreichend Grünflächen als Liegewiesen zur Verfügung stehen. Zudem sollen  
399 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur  
400 Verfügung stehen. In Gemeinden, die an einem Badegewässer liegen, muss  
401 dafür gesorgt werden, dass ausreichend legale Badestellen zur Verfügung  
402 stehen.
  - 403 • Um Diskriminierung vorzubeugen und Risiken für Jugendliche zu minimieren,  
404 wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit in Bezug auf  
405 Gleichberechtigung und queeres Leben, aber auch im Bereich des  
406 Drogenkonsums leisten.
  - 407 • Wir wollen für guten öffentlichen Nahverkehr sowie gute Internet- und  
408 Mobilfunkverbindungen sorgen, denn sie sind Grundvoraussetzung – gerade  
409 für ländliche Kommunen -, um konkurrenzfähig zu bleiben, Jugendliche vor  
410 Ort zu halten oder Rückkehrer\*innen zu gewinnen.
- 411 Gute Bildungsangebote voranbringen

412 Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale  
413 Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung eröffnet die Chance auf ein  
414 selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Schulen zu Lern- und Lebensorten entwickeln,  
415 die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern, ein Leben lang.

416 Dafür machen wir uns stark:

- 417 • Wir wollen gute Schulen - auch in ländlichen Regionen. Gute Schule ist  
418 angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt  
419 Unterstützung und ermöglicht individuelle Lernwege. Wir machen auf allen  
420 Ebenen Druck für eine bessere Ausstattung der Schulen: finanziell und  
421 technisch. Für einen innovativen, digital gestützten Unterricht und an  
422 moderne Lernformen angepasste Rahmenbedingungen.
  
- 423 • Schulbau und -sanierung müssen sich an den Bedürfnissen aller Beteiligten  
424 orientieren und flexible Nutzungsmöglichkeiten der Lernumgebung bieten.  
425 Wir wollen Orte zum Leben und Lernen schaffen, die Lernfreude und  
426 Kreativität wecken und die ökologisch und energieeffizient sind.
  
- 427 • Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das Konzept der  
428 „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Inklusiver Unterricht bedeutet  
429 die individuelle Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne  
430 Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach. Gleichzeitig brauchen  
431 wir inklusive Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe. Uns ist es  
432 wichtig, dass der Anspruch auf einen Hortbesuch bis zum Abschluss der  
433 sechsten Jahrgangsstufe unkompliziert in allen Kommunen möglich ist. Für  
434 Kinder mit Förderbedarf muss ein Nachmittagsangebot bereitstehen.
  
- 435 • Gesundes Essen und ausreichendes regelmäßiges Trinken sind nicht nur  
436 Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der Kinder, sondern auch für  
437 ihren Lernerfolg. Wir wollen in Kitas, Schulen und öffentlichen  
438 Einrichtungen konsequent regionale Produkte und mehr bio auf den Teller  
439 bringen. Damit frisch vor Ort gekocht werden kann, wollen wir eigene  
440 Küchen einführen. Anspruchsberechtigte Kinder sollen mit Hilfe der  
441 „Bildungskarte“ kostenfrei und unbürokratisch am Mittagessen in Kita,  
442 Schule oder Hort teilnehmen können.
  
- 443 • Wir setzen uns für eine Stärkung der Mitwirkung in Kitas und Schulen ein.  
444 Das betrifft insbesondere Kitaausschüsse und Kitabeiräte, die  
445 Mitwirkungsorgane von Schüler\*innen und Eltern, Schülervertretung,  
446 Elternvertretung, Schulkonferenz, Kreisschülerrat, Kreiselternrat und  
447 Kreisschulbeirat, z.B. durch Betreuungslehrer\*innen für die  
448 Schülervertretung oder durch mehr Mitspracherechte für die Eltern bei der  
449 Essensversorgung.
  
- 450 • Langfristig sollen Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende den ÖPNV  
451 kostenlos nutzen können. Beginnend wollen wir ein 365€-Ticket für  
452 Schüler\*innen und Auszubildende anbieten und das Wirrwarr der  
453 verschiedenen kreislichen Erstattungsregeln harmonisieren. Senior\*innen-

454 und Familientickets sollen insgesamt günstiger werden. Dabei anfallende  
455 Mehrkosten muss das Land übernehmen.

456 • Wir wollen eine wohnortnahe und aktivierende Weiterbildungspolitik, die  
457 Menschen in allen Lebensphasen den Zugang zu Bildungs- und  
458 Kultureinrichtungen offenhält und so lebenslanges Lernen ermöglichen.  
459 Deshalb unterstützen wir Volkshochschulen, die die  
460 Weiterbildungslandschaft erweitern und durch Sprach- und Integrationskurse  
461 maßgeblich zur Integration von Geflüchteten beitragen. Wir wollen die  
462 Grundförderung für die Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für  
463 faire Honorare und qualifiziertes Personal ein.

464 • Bibliotheken sind wichtige kulturelle Treffpunkte und Teil der  
465 öffentlichen Infrastruktur. Wir wollen sie erhalten und als  
466 Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

467 Gemeinsam und gerecht: Alle mitnehmen!

468 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort stärken. Alle Menschen,  
469 die hier aufwachsen und leben, wohnen und arbeiten, brauchen Perspektiven für  
470 ein gutes Leben, egal ob jung oder alt, Frau oder Mann, schon lange hier  
471 ansässig oder neu zugezogen. Unser Ziel ist, Teilhabe und Selbstbestimmung für  
472 jede und jeden zu ermöglichen. Wir stehen für eine tolerante und weltoffene  
473 Gesellschaft, die die Verschiedenheit der Menschen als Bereicherung versteht und  
474 wertschätzt.

475 Dafür machen wir uns stark:

476 • Wir wollen auch vor Ort alles dafür tun, Armut und Perspektivlosigkeit  
477 entgegenzuwirken. Unser Ziel ist Teilhabe und Selbstbestimmung für Jede\*n.  
478 Zum Beispiel durch Gebührenfreiheit in kommunalen Einrichtungen, die  
479 Bekämpfung von Kinderarmut mit Einführung der „Bildungskarte“ und  
480 Fortführung bzw. Erhalt von Arbeit und Beschäftigung im öffentlichen  
481 Interesse der Kommunen.

482 • Bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein oder der Tafel:  
483 Ehrenamtliches Engagement ist ein elementarer Bestandteil des  
484 Gemeindelebens und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Wir wollen  
485 es mehr unterstützen und weiter stärken.

486 • Wir fördern Inklusion in allen Lebensbereichen - das bedeutet nicht nur  
487 gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, sondern auch  
488 Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, auf der Straße, im Internet und  
489 in Schreiben von Behörden.

490 • Senior\*innen sind auf soziale Angebote in Wohnortnähe angewiesen. Wir  
491 treten für die Schaffung von generationenübergreifenden Begegnungsorten,  
492 für Seniorenbeiräte und die Würdigung und Förderung des ehrenamtlichen  
493 Engagements ein.

494 • Die Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen nimmt zu. Die meisten  
495 möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben. Angebote  
496 für die ambulante häusliche Pflege und die Bildung eines

- 497 pflegefreundlichen Wohnumfeldes unterstützen wir. Den barrierefreien  
498 sozialen Wohnungsbau und zukunftsweisende neue Wohnformen wollen wir  
499 entschlossener fördern.
- 500 • Unser Anspruch bleibt die wohnortnahe medizinische Versorgung: Wir wollen  
501 die Übernahme von Arztpraxen durch junge Ärzt\*innen erleichtern,  
502 Medizinische Versorgungszentren fördern und Projekte wie rollende  
503 Arztpraxen vorantreiben.
  - 504 • Statt Krankenhäuser zu schließen, wollen wir Kooperation zwischen Kliniken  
505 und allen Akteuren der Versorgungskette fördern: für einen Umbau der  
506 Standorte zu modernen sektorübergreifenden Gesundheitsanbietern.
  - 507 • Die gemeindenahе ambulante psychiatrische Versorgung vor Ort, die  
508 Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi), Psychiatrischen Institutsambulanzen  
509 (PIAs), Tageskliniken und kommunale psychiatrische Verbände wollen wir  
510 verbessern.
  - 511 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die  
512 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken. Sie müssen  
513 über ausreichend Zeit und ein eigenes Budget für ihre Arbeit verfügen. In  
514 allen Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner\*innen wollen wir volle  
515 Stellen für hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte etablieren.
  - 516 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder  
517 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und  
518 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.  
519 Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen müssen auch in den  
520 ländlichen Räumen erreichbar sein.
  - 521 • Wir wollen in allen Gemeinden ein offenes und modernes Gesellschaftsbild  
522 ohne Diskriminierung leben. Wir wollen gleiche Rechte für lesbische,  
523 schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans\*, inter\* und queere Menschen  
524 (LSBTTIQ\*), Diskriminierungen entgegenwirken und Hilfen auch für queere  
525 Geflüchtete ermöglichen. Ein Hilfsangebot vor Ort in den Kreisen soll die  
526 Etablierung von Ansprechpartner\*innen für LSBTTIQ\*-Belange in den Büros  
527 der Gleichstellungsbeauftragten werden.
  - 528 • Wir wollen an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen  
529 durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere Personengruppen  
530 gewährleisten. Wir wollen in öffentlichen Gebäuden der Kommunen auch  
531 Unisex-Toiletten anbieten.
  - 532 • Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten  
533 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und  
534 Biphobie, sowie jeglicher Form von Menschenfeindlichkeit entschieden  
535 entgegen. Dazu wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement und lokale  
536 Aktionsbündnisse weiter stärken.
  - 537 • Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Wir wollen gute  
538 Bedingungen für eine gelingende Integration schaffen.  
539 Flüchtlingskoordinator\*innen, Migrationsbeauftragten und

540 Migrationssozialarbeiter\*innen sollen die Integration vor Ort koordinieren  
541 und fördern.

542 • Die großartige Arbeit der Willkommensinitiativen wollen wir stärken, zum  
543 Beispiel durch personelle Unterstützung durch die Verwaltung oder die  
544 Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen.

545 • Die Wohn- und Lebensbedingungen in den Unterkünften wollen wir verbessern  
546 und für eine möglichst schnelle, dezentrale Unterbringung in Wohnungen  
547 sorgen. Sollten die Geflüchteten auch nach Erlangung des Aufenthaltstitels  
548 in den Unterkünften bleiben müssen, da sie keine bezahlbare Wohnung  
549 finden, müssen die Mietkosten angemessen sein.

550 • Wir setzen uns für ein ausreichendes und gut erreichbares Angebot an  
551 Sprach- und Integrationskursen ein.

552 • Kitas und Schulen wollen wir für den Umgang mit geflüchteten Kindern und  
553 Jugendlichen stärken. Daher wollen wir auf Landesebene mehr individuelle  
554 Förderung, eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel und eine bessere  
555 Ausstattung des Programms "Kiez-Kita" erreichen. Für den Unterricht in den  
556 Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen  
557 brauchen wir gut fortgebildete Lehrkräfte und ausreichend  
558 Schulsozialarbeit.

559 • Wir unterstützen Initiativen der „Seebrücke“, die bundesweit entstehen, so  
560 auch in den Kommunen Brandenburgs, die „sichere Häfen“ zur Aufnahme von  
561 geflüchteten Menschen aus Seenot werden wollen.

562 Lebendige Kulturlandschaft gestalten

563 Kunst und Kultur sind für eine offene Gesellschaft unverzichtbar und kann in  
564 Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche Orientierung geben und neue Perspektiven  
565 eröffnen. Wir verteidigen die kulturelle Vielfalt und wollen das kulturelle  
566 Leben vor Ort beleben und fördern.

567 Dafür machen wir uns stark:

568 • Wir wollen Kunst und Kultur als zentralen Bestandteil unseres sozialen  
569 Zusammenlebens fördern und in Kommunen und Kreisen gute Rahmenbedingungen  
570 für vielfältige Kunst- und Kulturangebote schaffen.

571 • Öffentliche Musik- und Kunstschulen, Ausstellungs- und Aufführungsräume,  
572 Volkshochschulen und Bibliotheken bieten ein hochwertiges Angebot an  
573 kultureller Bildung, das wir gut ausstatten, erhalten und ausbauen wollen.  
574 Die Angebote dürfen nicht als sogenannte „freiwillige Leistungen“ dem  
575 Rotstift zum Opfer fallen.

576 • Wir setzen uns für auskömmliche Bezahlung im Kulturbereich ein. Schulen  
577 und Projekte der kulturellen Bildung sollen tariflich bezahlte und  
578 qualifizierte Mitarbeiter\*innen vorhalten. Das Honorar für freie

- 579 Mitarbeiter\*innen muss an den Tariflohn einschl. der Arbeitgeberanteile  
580 angelehnt sein.
- 581 • Wir wollen eine „Freie Kunst- und Kulturförderung“, denn sie vermeidet  
582 „Erhöhte“, von denen immer die gleichen Angebote profitieren.
- 583 • Wir setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur und eine kritische  
584 Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Die bestehenden  
585 Erinnerungsorte wollen wir weiter fördern und auch bisher vernachlässigte  
586 Orte in den Blick nehmen.
- 587 • Wir unterstützen Initiativen zur Ortsgestaltung und Regionalgeschichte wie  
588 Heimat- und Kulturvereine. Diesen wollen wir ein proaktives Angebot  
589 machen.
- 590 • Gute Baukultur motiviert Menschen sich auch emotional den aktuellen  
591 Herausforderungen wie die wachsende Urbanisierung, Schrumpfung ländlicher  
592 Räume, Ressourcenknappheit und Flächenverbrauch zu stellen. Wir  
593 unterstützen die Schaffung von Kunst-, Kultur- und Baukulturstiftungen auf  
594 Landes- und Kreisebene.
- 595 • Der Erhalt und die Weiterentwicklung ortsbildprägender Gebäude und  
596 vorhandener Bausubstanz stiften kulturelle Identität. Wir wollen den  
597 Denkmalschutz ausbauen, auch weil er das regionale Handwerk und die  
598 Identifikation mit Ort und Landschaft stärkt. Denkmalschutz bedeutet für  
599 uns dabei, die Vielfalt verschiedener Epochen zu bewahren.
- 600 • Mit vielfältigen kulturellen Angeboten wollen wir die Attraktivität unserer  
601 Dörfer und Städte steigern und den sanften Tourismus weiterentwickeln.
- 602 • Wir unterstützen besonders den Erhalt oder Aufbau von Begegnungsorten wie  
603 Dorfgemeinschaftshäusern, um das soziale und kulturelle Leben in den  
604 ländlichen Regionen zu fördern.
- 605 • Wir wollen den interkulturellen Dialog fördern und verstärkt Projekte  
606 unterstützen, die den Austausch mit Migrant\*innen und Neuzugewanderten  
607 fördern.
- 608 • Die Sprach- und Kulturförderung für die lange unterdrückte  
609 sorbisch/wendische Minderheit setzen wir fort.

#### 610 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten

611 Bündnisgrüne Kommunalpolitik setzt auf Anerkennung, Wertschätzung und  
612 Unterstützung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger sowohl von Verwaltung  
613 als auch politischen Mandatsträger\*innen. Auf Landesebene kämpfen wir für  
614 Erleichterungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, z.B. längere Fristen,  
615 weniger Tabu-Themen und eine Absenkung der Quoren. Aber auch jenseits der  
616 Direkten Demokratie gibt es Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, die es zu  
617 gestalten gilt. Neben der Schaffung von formalen Rahmen wollen wir auch die  
618 Verwaltungsmitarbeiter\*innen durch Weiterbildungen unterstützen, die Verfahren  
619 sicher anzuwenden und ihre Vorteile zu nutzen.



620 Dafür machen wir uns stark:

- 621 • Wir setzen uns für Bürgerbeteiligungssatzungen mit großzügigen  
622 Beteiligungsmöglichkeiten ein, die in verbindlichen Leitlinien nach dem  
623 Vorbild Heidelbergs festgeschrieben werden. In diesen Satzungen können  
624 auch über die Kommunalverfassung hinausgehende Beteiligungsinstrumente  
625 festgelegt werden. Mittels einer fortlaufend aktualisierten Vorhabenliste  
626 soll eine frühzeitige Information der Bürger\*innen über die wichtigsten  
627 Projekte und Planungen der Stadt gewährleistet werden.  
628 Beteiligungsverfahren sollen dabei vom  
629 Gemeinderat, von der Verwaltung selbst, von einer definierten Anzahl von  
630 Einwohner\*innen oder den vorhandenen Beiräten angeregt werden können.  
631 Dabei stehen eine Vielzahl von Verfahren zur Verfügung, z.B.  
632 Planungszellen, Workshops, Bürgerdialoge, Bürgerforen und Bürgerpanels,  
633 Runden Tische oder World-Cafés. Die Beteiligungsergebnisse müssen  
634 verlässlich in Abwägungs- und Entscheidungsprozesse einfließen.
- 635 • Wir bringen kommunale digitale Beteiligungsplattformen voran, über die  
636 alle Bürgerinnen und Bürger Petitionen, Vorschläge, Anregungen u.ä.  
637 einreichen und/oder  
638 unterstützen können.
- 639 • Ein einheitliches Bürgerinformationssystem mit Sitzungsterminen,  
640 Tagesordnungen, Anträgen, etc. sowie aussagefähigen Protokollen zu allen  
641 öffentlich verhandelten Punkten in jeder Kommune sowie schneller  
642 Erreichbarkeit von Ratsfraktionen und Verwaltung erleichtert den  
643 Bürger\*innen die Übersicht über die Kommunalpolitik.
- 644 • Wir wollen stärker die Möglichkeit nutzen, Gremiensitzungen live im  
645 Internet zu übertragen, um diese mitverfolgen zu können.
- 646 • Durch unsere Initiative im Landtag ist Kinder- und Jugendbeteiligung in  
647 der Kommunalverfassung festgeschrieben. Nun gilt es Beiräte und Parlamente  
648 für Kinder- und Jugendliche zu fördern.
- 649 • Wir setzen uns für Beiräte für Senioren, Behinderte und ausländische  
650 Mitbürger\*innen ein.
- 651 • Ortsbeiräte und Stadtteilkonferenzen wollen wir stärken, u.a. durch  
652 verbesserte Informationsrechte und eigene Budgets sowie Möglichkeit der  
653 EinwohnerInnen von Ortsteilen, nur sie betreffende Angelegenheiten auch  
654 direktdemokratisch zu entscheiden.
- 655 • Wir wollen eine Kultur der Transparenz etablieren, die dazu führt, dass  
656 mündige Bürger\*innen informiert diskutieren und entscheiden können.  
657 Transparenz und  
658 Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln  
659 sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische Strukturen und für  
660 die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Ziel ist, dass im Zuge der  
661 ohnehin notwendigen Digitalisierung alle Verwaltungsdaten, Verträge oder  
662 Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B.  
663 personenbezogene Daten oder als geheim eingestuft), in offenen,

664 maschinenlesbaren Formaten („Open Data“) proaktiv und zeitnah auf einer  
665 Open-Data-Plattform verfügbar gemacht werden.

- 666 • Die Stellung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gilt es zu stärken  
667 durch die Verpflichtung zur Schaffung von konkreten Rechten entsprechend  
668 der  
669 Vorgaben aus dem Landesgleichstellungsgesetz sowie Beauftragte oder  
670 Ombudsstellen für den Schutz vor Diskriminierung auch bei kleineren  
671 Kommunen.
- 672 • Wir setzen uns für einen Ehrenkodex für kommunale Abgeordnete ein, damit  
673 diese ihre beruflichen Tätigkeiten und ggf. Abhängigkeiten öffentlich  
674 machen sowie Schaffung eines Kodex für kommunale Unternehmen (Grundsätze  
675 guter Unternehmensführung). Die Organisation Transparency International  
676 sollte hierbei verstärkt eingebunden werden.

677 Modern und bürgernah: Öffentliche Verwaltung modernisieren und digitalisieren

678 Wir wollen die Verwaltung modernisieren und bürgerfreundlicher machen. Die  
679 Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir nutzen, um Verwaltungsvorgänge  
680 einfacher und effizienter zu gestalten und mehr online-Teilhabe zu ermöglichen.  
681 Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz sind dabei zwingend  
682 erforderlich.

683

684 Dafür machen wir uns stark:

- 685 • Bürgerämter der Städte und Gemeinden, sollen zum Eingangstor für die  
686 gesamte  
687 Kommunalverwaltung werden, also auch für die Angebote der Kreisverwaltung.  
688 Damit wollen wir eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand  
689 schaffen. Wo die Wege zum Bürgerbüro zu weit werden, wollen wir mobile  
690 Bürgerserviceangebote einführen, wie es sie bereits in einigen Kommunen  
691 gibt.
- 692 • Durch mehr Digitalisierung und Möglichkeiten zur online-Antragstellung  
693 wollen wir den Gang zum Amt überflüssig zu machen, wenn gewünscht.
- 694 • Wir wollen die Grundlagen schaffen für eine erfolgreiche Digitalisierung:  
695 Ausreichende Ausstattung des IT-Service, unbedingte Beachtung von  
696 Sicherheits- und Datenschutzstandards bei Ausschreibungen, Beachtung der  
697 Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software und langfristig  
698 eine Umstellung auf freie und quelloffene Software
- 699 • Die Kulturelle Identität der Städte und Dörfer wollen wir erhalten.  
700 Zwangsfusionen lehnen wir ab. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir  
701 unterstützen.
- 702 • Perspektivisch wollen wir alle Ämter zu brandenburgischen  
703 Verbandsgemeinden weiterentwickeln, mit direkt gewählten

704 Bürgermeister\*innen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die  
705 Bürger\*innen.

706 • Bürger\*innen brauchen eine leistungsstarke Verwaltung mit gut  
707 ausgebildeten Beschäftigten, mit tariflicher Bezahlung und einer  
708 auskömmlichen Personalausstattung. Die Verwaltung muss für die für die  
709 Bürgerinnen und Bürger durch ein angemessenes und geordnetes Angebot von  
710 Sprechzeiten gut erreichbar ist. Dies muss gleichermaßen auch für die  
711 kommunalen Gesellschaften gelten. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, etwa  
712 an Musikschulen und Volkshochschulen, sind einzudämmen und neue zu  
713 unterlassen. Tätigkeiten, wie Wachschatz und Reinigungsleistungen, dürfen  
714 nicht weiter an private Firmen vergeben werden. Soweit möglich, sollen  
715 outgesourcte Aufgaben rekommunalisiert werden.

716 • Im kommunalen Verwaltungshandeln (Formulare, Vorschriften und allgemeine  
717 Informationen) muss die Vielfalt der Familienformen und der  
718 geschlechtlichen Identitäten angemessen Berücksichtigung finden.

#### 719 Solide Finanzen

720 Damit Kommunen die kommunale Selbstverwaltung mit Leben füllen können, indem sie  
721 freiwillige Leistungen anbieten, die Bürger\*innen demokratisch beteiligen und  
722 eine  
723 moderne Verwaltung aufbauen können, müssen Land und Bund für eine ausreichende  
724 Finanzierung der Kommunen Sorge tragen. Die Kommunen in Brandenburg müssen ihre  
725 volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum  
726 meistern können. Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht,  
727 d.h. ihre Einnahmen decken auch bei sparsamster Haushaltsführung die Ausgabe  
728 nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Wir wollen die kommunale Ebene  
729 dauerhaft besser finanzieren

730 Dafür machen wir uns stark:

731 • Eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Teilentschuldung  
732 von Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten muss das Land ausreichend  
733 Mittel bereitstellen. Für die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs  
734 wollen wir die Ausgleichsmechanismen zwischen armen und reichen Kommunen  
735 stärken, uns mehr am Steueraufkommen und Bedarf orientieren und soziale  
736 Aspekte, wie zum Beispiel die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, bei der  
737 Verteilung der Schlüsselzuweisungen stärker berücksichtigen.

738 • Haushaltskonzepte, die Priorität nicht auf kurzfristige Investitionen in  
739 Einzelinteressen setzen, sondern auf eine langfristige Entwicklung der  
740 Kommune zum Wohle aller Bürger\*innen, d.h. auf Investitionen in Kitas und  
741 Schulen, Gemeinde- und Familienzentren, Jugend- und Seniorenarbeit, Sport  
742 und Kultur, Klimaschutz- oder Radwegekonzepte u.v.m.

743 • Transparente und übersichtliche Haushalte der Kommunen, damit Abgeordnete  
744 und Bürger\*innen sie verstehen können. Die Möglichkeiten des doppischen  
745 Haushalts sollen so genutzt werden, dass finanzielle Spielräume für  
746 politische Prioritätensetzungen sichtbar werden. Einnahmen, deren Quellen

747 und Entwicklung sowie die Ausgaben und Änderungen gegenüber dem Vorjahr  
748 müssen nachvollziehbar dargelegt werden.

- 749 • Den Abbau von Schulden und den Erhalt von Eigenkapital, damit es auch für  
750 zukünftige Generationen finanzielle Spielräume gibt.
- 751 • Den Ausverkauf von Grund und Boden durch die Kommunen wollen wir stoppen.  
752 Kommunale Grundstücke sollen nur noch auf Erbpachtbasis vergeben werden.
- 753 • Ein Bürger\*innenhaushalt als ein gutes Projekt, um Spar- und  
754 Investitionsvorschläge der Bevölkerung zu erfragen, abzuwägen und so weit  
755 wie möglich auch umzusetzen. Damit wollen wir den Bürger\*innen ermöglichen  
756 an den Entscheidungen über die Ausgaben ihrer Kommune zu beteiligen,  
757 insbesondere an Entscheidungen über die sogenannten „freiwilligen  
758 Leistungen“ z.B. für Projekte im Bereich Soziales, Kultur oder Sport.  
759 Viele Kommunen in Brandenburg praktizieren das bereits erfolgreich.

760 Europa vor Ort erfahrbar machen

761 Die Europäische Union ist eine politische Erfolgsgeschichte, ganz besonders auch  
762 für Brandenburg. Niemals zuvor in der Geschichte gab es eine vergleichbare  
763 Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und persönlichen Freiheit  
764 für alle und des relativen Wohlstands für viele, gleichwohl die EU bei der  
765 Armutsbekämpfung und der Wohlstandsverteilung aus unserer Sicht dringend besser  
766 werden muss. Wir können uns eine gute Zukunft für Brandenburg und seine Kommunen  
767 nur im Rahmen eines gemeinsamen Europas vorstellen und werden es mit aller Kraft  
768 verteidigen.

769 Dafür machen wir uns stark:

- 770 • Wir wollen Europa vor Ort sichtbar machen, z.B. durch eine klare  
771 Ausweisung von EU-geförderten Projekten vor Ort.
- 772 • Für alle Fragen rund um Europa wollen wir in den Regionen zentrale  
773 Anlaufstellen einrichten, sogenannte „One-Stop-Shops“, die über Förder-  
774 und Austauschprogramme informieren und auch die Funktion von „Willkommens-  
775 Centern“ für EU-Bürger\*innen, die sich in Brandenburg niederlassen,  
776 übernehmen.
- 777 • Wir stärken die europapolitische Kompetenz der Brandenburger  
778 Kommunalverwaltungen und werden dafür Hospitationen von

- 779 Kommunalverwaltungsmitarbeiter\*innen in Brüssel (z.B. bei der  
780 Landesvertretung der Brandenburger Landesregierung) fördern.
- 781 • Wir wollen im Rahmen des Erasmus-Programms einen Austausch für kommunale  
782 und regionale Mandatsträger\*innen in Brandenburg einführen
  - 783 • Wir bringen Initiativen zur Beantragung von EU-Fördermitteln für Kommunen  
784 in Gang, ganz besonders für Klima- und Umweltfreundliche Projekte.
  - 785 • Wir unterstützen die Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen, z.B. durch  
786 mehr Polnisch-Unterricht an unseren Schulen und die Gründung von deutsch-  
787 polnischen Schulen.
  - 788 • Wir fördern die regionale Zusammenarbeit mit unseren polnischen  
789 Nachbargemeinden, z.B. durch regelmäßige gemeinsame Sitzungen von  
790 Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und Gemeindevertretungen sowie  
791 durch Unterstützung von grenzüberschreitend arbeitenden lokalen Vereinen  
792 und Initiativen.
  - 793 • Wir wollen europäische Städte-, Orts- und Regionalpartnerschaften mit  
794 Leben füllen. Vereine, die diese Partnerschaften tragen, wollen wir mit  
795 finanzieller und organisatorischer Hilfe unterstützen.
- 796 Gemeinsam können wir unser Land fairwandeln. Weil wir hier leben!